

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe abgedruckt. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 292-295. Tel.-Nachricht: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Donnerstag

12. März 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Dornow-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 2506-2507

Vereidigung von Dr. Simons.

Ansprachen von Löbe und Dr. Simons.

Heute mittag erfolgte im Reichstag die Vereidigung des stellvertretenden Reichspräsidenten.

Als um 12 Uhr 3 Min. die Glocken zum Beginn der Sitzung läuteten, sind bereits zahlreiche Abgeordnete und Regierungsvertreter im Saal anwesend, durchweg in schwarzer Kleidung. Auf der Presse tribüne haben wie immer an den großen Tagen Photographen Aufstellungen genommen und harren des Augenblicks, wo sie eine Zeitaufnahme machen können, denn bei der Beleuchtung des Saales durch das Glasdach, auf dem Schnee liegt, ist mit einer Momentaufnahme ein druckfähiges Ergebnis nicht zu erzielen. Die Diplomatologie ist stark besetzt.

In dem Augenblick, wo Präsident Löbe auf seinem Platz erscheint, ist auch die gesamte Reichsregierung, mit Ausnahme Luthers, und gleichzeitig mit ihr der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons im Saal erschienen, der nun bis auf die leeren Plätze der Kommunisten und der Volksrechtler dicht gefüllt ist. Der Präsident unterläßt die übliche Eröffnungsformel für Reichstagsöffnungen. Während sich alle Anwesenden erheben, richtet

der Reichstagspräsident

folgende Ansprache an Dr. Simons:

Herr Reichspräsident! Nach dem plötzlichen und tiefbegriffenen Hinscheiden des Herrn Reichspräsidenten Ebert hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 10. März 1925 Sie zum Stellvertreter des Reichspräsidenten bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten gewählt. Die Verfassung fordert, daß der Reichspräsident und sinngemäß auch sein Vertreter den im Artikel 42 vorgeschriebenen Eid vor dem Reichstag ablegt. Ich habe die Mitglieder des Reichstags zu diesem feierlichen Akt zusammengerufen, erlaube mir Ihnen die Eidesformel zu überreichen und bitte Sie, den Eid abzulesen.

Stellvertretender Reichspräsident Dr. Simons

spricht folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Von dem Recht, der Eidesformel eine religiöse Bedeutung anzufügen, machte der stellvertretende Reichspräsident keinen Gebrauch.

Reichstagspräsident Löbe:

Mit der Leistung dieses Eides übernehmen Sie Ihr hohes und schweres Amt. Niemand von uns zweifelt daran, daß Sie das Vertrauen so großer und vieler Parteien erfüllen und Ihr Amt zum Wohl des Landes und des deutschen Volkes verwalten werden. Ich spreche Ihnen im Namen der Körperhaft, die diese Wahl gestrotzt, meinen herzlichsten Glückwunsch aus.

Die Verwirrung der Sammler.

1,20 Uhr mittags.

Augenblicklich wird die Meldung verbreitet, daß die Volkspartei eine Kandidatur Gehler abgelehnt habe und auf Jarres unbedingt bestehen wolle.

Das Zentrum, dessen Parteiausschuß wieder zusammengetreten ist, will an einer Kandidatur Marx festhalten. Wie die Lage sich eine Viertelstunde später gestalten wird, kann allerdings kein Mensch wissen.

Der deutschnationale Fuchs im Eisen.

Dr. Vest betrügt den Sparerverband.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstages beriet heute über den sozialdemokratischen Antrag, die Dritte Steuernotverordnung am 31. März aufzuheben. Ein dazu gestellter Antrag Vest schlug die Aufhebung nicht auf den 31. März, sondern auf den 31. Mai vor. Gleichzeitig wollte dieser Antrag Vest der Regierung zuvorkommen und die Fristen für die Annahme von Ansprüchen, die am 31. März ablaufen, auf einige Monate verlängern, nachdem die Regierung ihre Aufwertungsvoelage immer noch nicht gebracht hat.

Vom Abg. Keil wurde gegen diesen Freundschaftsdiens zugunsten der Regierung Einspruch erhoben. Die Regierung kündigte darauf einen eigenen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Fristen für die nächsten Tage an. Bezüglich der Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung hielt unsere Fraktion an dem Termin des 31. März fest.

Genosse Keil wies darauf hin, daß die durch einstimmige Annahme des Antrages Reichthofer gelebte neue Frist von drei bis vier Tagen für Einbringung der Aufwertungsvoelagen

wiederum von der Regierung nicht eingehalten worden sei.

Es bleibe daher nichts anderes übrig, als sofort auf der Grundlage des dem Ausschuss überwiesenen bekannten Vest'schen Entwurfs in die Beratung der Materie einzutreten. Dieses Verlangen wurde von keiner Partei unterstützt. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung am 31. März wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt, auch von den Deutschnationalen, die im vorigen Jahre bereits Aufhebung ab 31. Juli beantragt hatten. Beschlossen wurde, die Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung auf 31. Mai, womit den Vätern bei der Präsidentenwahl aufs neue Sand in die Augen gestreut werden soll.

Stellvertretender Reichspräsident Dr. Simons:

Herr Reichstagspräsident! Ich danke Ihnen herzlich für den Glückwunsch, den Sie mir im Namen dieses hohen Hauses dargebracht haben, und für den Ausdruck Ihres Vertrauens. Es wird mein Streben sein, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Meine Damen und Herren! Sie haben den Schwur gehört, den ich in die Hand Ihres Präsidenten abgelegt habe. Hören Sie nun auch meinen Dank, den Dank für die Ehre, die Sie mir mit der Initiative Ihrer Wahl erwiesen haben. Ich weiß wohl — das Gesetz sagt es klar —, daß ich die Ehre nicht sowohl meiner Person als der Stellung zuzuschreiben habe, in die mich der verstorbene Reichspräsident erhob, und gerade das freut mich, denn dadurch betont das Gesetz die Bedeutung des deutschen Nichtertums, dem ich mit Stolz angedöre. Aus ihm bringe ich in mein Zwischenamt das innere Gebot der Unparteilichkeit. Von dem viel betrauernten Toten, den ich vertritt, nehme ich das Vorbild der Treue und Würde, durch die er seinem Amt die Achtung der Welt erwarb. Seine hohen politischen Gaben sind kein übertragbares Erbe. Aber wie ich geschworen habe, die Pflichten dieses Amtes gewissenhaft zu erfüllen, so bin ich auch entschlossen, seinem Rechte die Festigkeit zu wahren, damit ich sie unversehrt in die Hände des Mannes legen kann, den ich bald zum ersten Male in seiner wechselvollen Geschichte das ganze deutsche Volk, soweit es staatslich geeint ist, in freier unmittelbarer Wahl zum Oberhaupt führen wird. (Lebhafte Beifallsrufe.)

Mit einem Handdruck verabschiedete sich der stellvertretende Reichspräsident von dem Reichstagspräsidenten. Damit war der feierliche Akt beendet.

Der ganze feierliche Akt dauerte nur wenige Minuten, wirkte jedoch sehr würdig und eindrucksvoll. Eine Störung verursachte es nur, daß der Reichskanzler Dr. Luther, der zu Beginn nicht anwesend war, inmitten der Feierlichkeit plötzlich herbeigekürzt kam. Manche wollen in diesem verspäteten Eintreffen eine kleine Demonstration erblicken, da der Reichskanzler Dr. Luther schwerlich damit einverstanden ist, daß es der Reichstag so eilig hatte, ihm die Stellvertretung des Reichspräsidenten abzunehmen.

Die Ansprache des stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons machte auf die Versammlung einen ausgezeichneten Eindruck. Noch einmal klang in den Worten des provisorischen Nachfolgers das hohe Lob Friedrich Eberts durch den Saal.

Um 12,10 Uhr war die Feierlichkeit beendet. Die Funktionen des Staatsoberhauptes waren an den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons übergegangen, und Herr Dr. Luther hatte aufgehört, stellvertretender Reichspräsident zu sein.

Die Kommunisten waren diesmal taktvoll genug, der Versammlung fern zu bleiben und sie nicht durch den üblichen Skandal zu stören.

Bei dem von dem deutschnationalen Abg. Vest gestellten Antrag, auch die Verordnung vom 4. Dezember 1924, und zwar mit Rückwirkung aufzuheben,

wurde der Antragsteller von seiner eigenen Fraktion im Stich gelassen.

worauf er selbst nicht mehr den Mut hatte, für seinen Antrag zu stimmen.

Noch interessanter war die Haltung der Deutschnationalen zu dem Antrag ihres Abg. Vest, auch die Vorschriften über die Hauszinssteuer am 31. Mai aufzuheben.

Für unsere Fraktion erklärte Genosse Keil sofort, daß sie entsprechend ihrer bisherigen Haltung dem Antrag zustimme, aber dann auf die rasche Erledigung ihres alten Antrages dränge, wonach der Wohnungsbau durch eine besondere Wohnungszugabe gefördert werden soll.

Dem Finanzminister von Schlieben verurteilte diese Erklärung Unbehagen, und er bemühte sich, unsere Genossen von der Zustimmung zum Antrag Vest zurückzuhalten. Da es ihm nicht gelang, beschwor er seine deutschnationalen Gesinnungsfreunde, doch um Himmels willen die Hauszinssteuer nicht aufzuheben, auf die im Interesse des Finanzausgleichs für eine Reihe von Jahren nicht verzichtet werden kann.

Darauf rügte der deutschnationale Führer Dr. Hergt von seinem Kollegen Vest ab,

was diesen wieder veranlaßte, für die Aufhebung der Hauszinssteuer stat. des 31. Mai den 31. Oktober zu wählen. Unsere Genossen hielten indessen am 31. Mai fest, wurden aber von der Regierungspartei einschließlich des Herrn Vest überstimmt, und als darauf über den Vest'schen Antrag, den 31. Oktober für die Aufhebung anzusehen, abgestimmt werden sollte, zog Herr Vest seinen Antrag ganz zurück.

So erwies sich die Anträge der Deutschnationalen Punkt für Punkt als elender Schwindel, den sie selbst prologieren müssen, wenn sie gerungen werden. Farbe zu bekennen.

Bemerkenswert war noch die vom Genossen Keil unter Zustimmung des ganzen Ausschusses getroffene Feststellung, daß trotz der Anwesenheit von vier Ministern eine Erklärung darüber, ob und wann endlich die angekündigte Aufwertungsvoelage komme, nicht abgegeben worden sei. Herr von Schlieben erwähnte darauf zögernd, die Vorlage liege bereits dem Kabinett vor und habe es schon mehrfach beschäftigt. Eine Beschlussfassung ist aber noch nicht erfolgt, auch an den Reichstag ist die Vorlage noch nicht gelangt.

In Loebells Sammelküche.

Strachende Einigkeit.

Siebzehn Tage nur bis zum Tage der Präsidentenwahl. Aller Augen sind auf diesen Tag gerichtet. Die sozialdemokratischen Vertrauensleute und Helfer sind bereits in Stadt und Land unterwegs, um dem Kandidaten der Partei, dem Freund und langjährigen Vertrauten Eberts, Otto Braun, Stimmen zu werben. Die Sozialdemokraten wissen, was auf dem Spiel steht, sie setzen alle ihre Kräfte daran, für den republikanischen Gedanken einem wirklich republikanischen Repräsentanten zum Siege zu verhelfen.

Inzwischen wird in der Küche des „Bürgerrats“ der Sammelbrot der Reaktion gekocht oder zu kochen versucht. Oberkoch ist jener frühere königlich preussische Minister des Innern von Loebell, an den der Großagrarier Oldenburg-Januschau, während das Volk im Kriege hungerte, den bekannten Brief schrieb, an den heute wieder einmal erinnert werden muß:

Liebste Erzellenz Friß!

Im Begriff, nach Polen auf meinen Posten zurückzukehren, danke ich Gott, die Schererei mit den Gütern und der Zügelverwaltung los zu sein. — Es ist auf dem Lande jetzt tatsächlich unerträglich mit den täglich wechselnden Verordnungen. Ich bestelle 500 Morgen überhaupt nicht, und so machen es viele. Weil die Unsicherheit der Ernte und der Bestimmungen zu groß ist. Die Socke mit den Kartoffeln ist jetzt einigermaßen vernünftig, von den Schweinen wird die Hälfte in der Pöckelkammer verkauft. Die Erwitterung auf dem Lande ist sehr groß und wird sich nach dem Kriege entsäuen.

Die „Erzellenz Friß“ ist der Loebell. Er war preussischer Innenminister und hätte gegen den obstruierenden Agrarier die härtesten Maßnahmen treffen müssen. Er tat nichts, denn der Agrarier war sein Freund.

Dieser Loebell macht jetzt den Präsidenten der Republik! Oder er möchte ihn machen, und die geschäftigen Helfer laufen ab und zu, stecken die Köpfe zusammen und auseinander, beraten und broten und bekommen den Kuchen doch nicht fertig.

Wie die Dinge gestern abend standen, haben unsere Leser aus dem Morgenblatt gesehen. Heute sind sie keineswegs klarer geworden. Denn jetzt nehmen die Parteiblätter Stellung zu den Personen und Problemen und siehe da — die bürgerliche „Einheitsfront“ bricht tragend auseinander.

Stegerwald ist schon in der Verfertigung verschwunden, trotzdem es nicht ohne Reiz gewesen wäre, wenn die Schwerindustrie und die Großagrarier als Nachfolger des „Saitlergesellen“ den „Tischlergesellen“ als ihren Kandidaten proklamiert hätten, weil sie für einen Hugenberg oder Thyssen keine Stimmen bekommen würden. Nach Stegerwald war Jarres schon durch Beschluß des Loebell-Ausschusses proklamiert worden, als durch den Brief der Demokraten plötzlich einige Unruhe hervorgerufen wurde. Jetzt wird plötzlich Gehler in den Vordergrund gerückt. Allerdings zum Leidwesen der Siresemänner. „Die Zeit“, ihr Organ, versichert heute mit großer Bestimmtheit, daß der Ausschuss bisher nur Jarres als gemeinsamen Kandidaten ansehe, und fügt hinzu:

„Wir begrüßen den Gedanken einer bürgerlichen Sammelkandidatur, sind aber nicht der Meinung, daß die Entscheidung in der Personenfrage einseitig von den Klassenparteien beabsichtigt oder getroffen werden kann. Die Auffstellung der Kandidatur Jarres ist nach reiflicher Überlegung erfolgt. Die Voraussetzungen, die die Demokratische Partei an die Persönlichkeit des Kandidaten stellt, werden von Dr. Jarres in vollem Maße erfüllt.“

Nun versichert aber gleichzeitig der „Bayerische Kurier“, das führende Blatt der Bayerischen Volkspartei, daß diese eine Kandidatur Dr. Jarres in ihrer überwiegenden Mehrheit scharf ablehnen werde, weil seine staats-, sozial- und kulturpolitischen Auffassungen von der Einstellung der Bayerischen Volkspartei weit abwichen!

Hugenberg läßt im „Lokalanzelger“ dazu mitteilen, daß der Vertreter der Bayerischen Volkspartei im Loebell-Ausschuß, Domkapitular Leicht, sich mit besonderer Wärme für Gehler eingesetzt habe. Das Zentrum wird deshalb mit aller schwarzweißroter Liebe umgirt, doch ja für Gehler seine Zustimmung zu geben, um die „außerordentlichen moralischen und politischen Vorteile einer einheitlichen Kandidatur aller nichtmarxistischen Parteien“ nicht zu gefährden! Dabei beiläufig vermerkt werden mag, daß das Zentrum von Lanern aus geohrfeigt wird, indem man von dort versichert, daß die Bayerische Volkspartei eine Parole für Marx nicht ausgeben werde, da eine Kandidatur aus dem linken Flügel des Zentrums die „nationalen“ Stimmen nicht bekäme.

Die offene deutschnationale Presse ist über die Möglichkeit, daß Gehler als Einheitskandidat austauschen könnte, geradezu entsetzt. Die „Nationalpost“ spricht von „einer reinen Parteischiedung“ und von „widerlichem Couloirklatsch“. Die „Deutsche Zeitung“ aber hebt warnend den Finger und beschwört ihre Partei, sich von der Linken nicht umgarnen zu lassen:

Wie aus diesen Meldungen hervorgeht, haben die Verhandlungen über die Reichspräsidentenschaft gestern eine Wendung genommen, die als im höchsten Grade unheilvoll zu bezeichnen ist. Es wäre unbegreiflich, wenn die nationale Rechte der Linken in der Tat die Zugeständnisse machen wollte. Sollen wir mit unserer Befürchtung recht behalten, daß den Wählern ein Produkt von Aufhandels-

